

SLIÖ-Aktion:

Bis zu den Nationalrats-Wahlen in Österreich sollten wir den Politikerinnen und Politikern noch sagen, was uns wichtig ist!

Keine Heime mehr – dafür Persönliches Budget

Österreich hat sich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

In der steht, dass es eigentlich keine Heime für behinderte Menschen geben darf.

Alle behinderten Menschen haben das Recht, gut zu wohnen und einen eigenen privaten Raum zu haben.

Das bedeutet, alle sollen selbst entscheiden, wie und wo sie wohnen.

Behinderte Menschen haben das Recht, dort zu wohnen, wo nicht-behinderte Menschen auch wohnen.

Behinderte Menschen haben das Recht, mit anderen gemeinsam zu leben.

Dabei müssen sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Treten Sie dafür ein, dass es in Österreich keine Heime für behinderte Menschen mehr geben wird?

Setzen Sie sich dafür ein, dass das Geld nicht mehr die Einrichtungen bekommen?

Sondern der einzelne behinderte Mensch selbst?

Sind Sie dafür, dass nach den Wahlen an einem Persönlichen Budget gearbeitet wird?

Persönliche Assistenz

Österreich hat sich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

In der steht, dass alle behinderten Menschen mit Persönlicher Assistenz leben können.

Persönliche Assistenz ist keine Betreuung.

Behinderte Menschen können selber bestimmen wie sie leben wollen – dazu brauchen viele Persönliche Assistenz.

Werden Sie sofort nach den Wahlen an einem Gesetz arbeiten, mit dem alle behinderten Menschen in Österreich das selbe Recht auf Persönliche Assistenz haben?

In diesem Gesetz muss klar geregelt sein, dass es so viel Assistenzstunden gibt, wie der behinderte Mensch braucht.

Egal wo die Person lebt.

Egal ob die Person die Persönliche Assistenz selber organisiert oder nicht.

Egal ob die Person arbeitet oder in Pension ist.

Egal ob die Person viel oder wenig Geld hat.

Sind Sie dafür, dass alle behinderten Menschen in Österreich ausreichend Geld für ihre Persönliche Assistenz in die Hand bekommen?

Bildung für Alle

Österreich hat sich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

In der steht, dass behinderte Menschen das Recht auf Bildung haben.

Jeder behinderte Mensch hat das Recht, mit anderen zusammen zu lernen.

Behinderte und nicht-behinderte Kinder müssen gemeinsam in eine Schule gehen.

Keine Schule darf sagen, dass ein Kind wegen seiner Behinderung dort nicht lernen darf.

Erwachsene behinderte Menschen müssen einen Beruf lernen können.

Sie müssen eine Ausbildung machen können.

Auch an Universitäten.

Treten Sie dafür ein, dass es in Österreich keine Sonderschulen mehr geben wird?

Werden Sie nach den Wahlen dafür sorgen, dass behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam zur Schule gehen und gemeinsam lernen können?

Setzen Sie sich dafür ein, dass unser Bildungssystem keine behinderten Menschen mehr ausgrenzt?

Mailen Sie diese Texte an:

SPÖ

werner.faymann@spoe.at

ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at

direkt@spoe.at

ÖVP

michael.spindelegger@oevp.at

email@oevp.at

franz.huainigg@parlament.gv.at

FPÖ

hc.strache@fpoe.at

bgst@fpoe.at

norbert.hofer@fpoe.at

Grüne

eva.glawischnig@gruene.at

bundesbuero@gruene.at

helene.jarmer@gruene.at

BZÖ

jb@josef-bucher.at

sigisbert.dolinschek@parlament.gv.at

office@bzoe.at

KPÖ

messner@kpoe.at

klaus@kpoe.at

bundesvorstand@kpoe.at

Team Stronach

info@teamstronach.at

parlamentsklub@teamstronach.at

Neos

kontakt@neos.eu

matthias@strolz.eu

September 2013

Reaktionen

Reaktion von Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Auf die vielen gesandten Mails antwortete Frau Königsberger-Ludwig mit einem [Serienbrief](#)

Antwort von SLIÖ auf den Serienbrief von Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

19. September 2013 um 20:05

Die SPÖ antwortet sowohl mit persönlichen Telefonaten aus der Bundesgeschäftsstelle als auch mit Serienbriefen.

Aus den SPÖ Antworten des Serienbriefes - siehe anbei - stellen sich noch mehr Fragen. Es wurden keine konkreten JA oder NEIN gegeben.

Folgende Fragen stellen sich nun an Frau Königsberger-Ludwig und die SPÖ:

- warum sind Sie offensichtlich gegen das **Persönliche Budget**?
Das Pflegegeld reicht oft überhaupt nicht aus und ist nur ein Zuschuss. Ein Persönliches Budget bekommen nicht die Einrichtungen sondern direkt die behinderten Menschen.
Nochmal gefragt: werden Sie sich für bedarfsgerechte Persönliche Budget einsetzen,

damit behinderte Menschen Wahlfreiheit haben wo sie wohnen und wer ihnen die Unterstützung gibt, die sie brauchen?

- großartig, dass Sie für die **Abschaffung der Sonderschulen** sind - es gibt nur leider noch keine einzige "inklusive Region" wie sie im NAP angekündigt ist (in der Steiermark wird nach dem dortigen Aktionsplan nur mal ein Konzept - bis 2014 - für eine erste "inklusive Region" in ganz Österreich erstellt, in dem steirischen Aktionsplan wird auch geschrieben, dass der Bund Gesetzesänderungen machen muss)
Es ist erfreulich, dass Sie vorsichtig für De-Institutionalisierung sind. Doch leider führen Sie nur Kosten an, die dadurch entstehen. Leider haben Sie keine aktuellen Fakten über tatsächliche Kosten von De-Institutionalisierung. Wenn klare Prozesse eingeschlagen werden, wird es nicht so viel kosten, weil umverteilt wird - Die Studie von Mansell, 2007, gibt Ihnen dazu relevante Informationen, hier können Sie nachlesen: <http://bidok.uibk.ac.at/library/schoenwiese-paradigmenwechsel.html>
- **Persönliche Assistenz:** Aus Ihren Antworten kann man nicht entnehmen, was sie konkret tun werden. Sie verweisen auf die Arbeitsgruppe des BMASK und wie wichtig frei verfügbares Einkommen für behinderte Menschen ist.

- Ja, stimmt, Arbeit und Einkommen ist für behinderte Menschen ebenso wichtig. Persönliche Assistenz ist jedoch oft erst Voraussetzung für Teilhabe an Gesellschaft und Erwerbsleben
- Warum hat die von Ihnen erwähnte Arbeitsgruppe im BMASK im Jahr 2013 KEIN EINZIGES MAL getagt?

Daher bitte noch mal um die Beantwortung der Fragen zur Persönlichen Assistenz:

Österreich hat sich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. In der steht, dass alle behinderten Menschen mit Persönlicher Assistenz leben können. Persönliche Assistenz ist keine Betreuung. Behinderte Menschen können selber bestimmen wie sie leben wollen - dazu brauchen viele Persönliche Assistenz.

- Werden Sie sofort nach den Wahlen an einem Gesetz arbeiten, mit dem alle behinderten Menschen in Österreich das selbe Recht auf Persönliche Assistenz haben?

In diesem Gesetz muss klar geregelt sein, dass es so viel Assistenzstunden gibt, wie der behinderte Mensch braucht.

Egal wo die Person lebt.

Egal ob die Person die Persönliche Assistenz selber organisiert oder nicht.

Egal ob die Person arbeitet oder in Pension ist.

Egal ob die Person viel oder wenig Geld hat.

- Sind Sie dafür, dass alle behinderten Menschen in Österreich ausreichend Geld für ihre Persönliche Assistenz in die Hand bekommen?